

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Unsere Jugend verfügt über die nötige politische Reife

Der Landtag wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dem Stimm- und Wahlrechtsalter beschäftigen – Anlass bildete ein FBP-Vorstoss

(G.M.) – Eine Motion der FBP-Fraktion wird voraussichtlich in absehbarer Zeit konkrete Früchte in unserer Gesellschaft tragen: Die FBP-Fraktion reichte vor ziemlich genau zwei Jahren im Landtag eine Motion zur Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre ein, die nun am Mittwoch oder Donnerstag den Landtag erneut beschäftigen wird. Nachdem beide Fraktionen im Landtag eine Volksabstimmung in dieser Frage erwähnt haben, dürfte letztlich wohl die Bürgerin und Bürger entscheiden.

«Die Mehrheit der 18- bis 20jährigen steht vollverantwortlich im Berufs- und Erwerbsleben mit den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten.» Mit diesen Worten begründete die FBP-Fraktion 1990 die Motion zur Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre, nachdem 1969 eine Herabsetzung von 21 auf 20 Jahre – einschliesslich des Mündigkeitsalters – beschlossen worden war. Bei der Überweisung der Motion sprach FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt in seiner Begründung die frühere Reife der heutigen Jugend an, gab aber doch zu verstehen, dass jede Altersgrenze «ir-

gendwie willkürlich und nicht streng rational bestimmbar» erscheine.

Damals betonte er auch die Zeit des «Erwachsenseins», die ungefähr im Alter von 18 Jahren beginne, was nicht zuletzt durch die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern und AHV-Beiträgen, durch ein teilweises Erwerbseinkommen, durch die Möglichkeit zur Lenkung eines Motorfahrzeuges sowie durch das Strafrecht unterstrichen werde. Besonderen Wert aber legte er auf die Feststellung, dass die junge Generation ein besonderes Interesse daran habe, bei der künftigen Entwicklung ihrer Heimat mitzureden: «Unser Land braucht die Beteiligung der Jugend und ihren zukunftsorientierten Optimismus.» Starke politische Veränderungen, gab sich Dr. Alois Ospelt überzeugt, wären durch diesen Schritt nicht zu erwarten, «wohl aber eine gewisse Akzentverschiebung zum mehr dynamischen, zukunftsorientierten Element der Jugend».

Positiver Regierungsbericht

Nachdem die Regierung einen recht positiven Bericht zur FBP-Motion abgegeben und zudem aufgrund der Reaktionen auf die Überweisung des FBP-Vor-

stosses eine Vorlage zur Angleichung des Mündigkeitsalters ausgearbeitet hatte, stiessen beide Anträge im Landtag auf ein zustimmendes Echo. «Mit der Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters», erklärte Dr. Alois Ospelt, «eilen wir in Liechtenstein der Zeit nicht voraus. Wir passen uns auf dem Gebiet der politischen Rechte lediglich einer Entwicklung an, die sich in ganz Europa bereits weitgehend vollzogen hat. Eine Mehrheit der EG-Mitglieder hat bereits das Stimm- und Wahlrechtsalter auf 18 Jahre festgelegt. Von den 23 Staaten im Europarat haben 16 bereits das Stimm- und Wahlrechtsalter von 18 Jahren.» Letztlich ist für ihn nicht entscheidend, wie stark die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters verlangt wird, sondern dass die Jugend mitentscheiden kann: «Die über 20jährigen werden ja ebenfalls nicht gefragt, ob sie das Stimm- und Wahlrecht denn eigentlich wollen. Es geht vor allem darum, jenen Jugendlichen, die am staatlichen Entscheidungsprozess mitwirken wollen, dies auch ermöglichen.»

Herabsetzung des Mündigkeitsalters

Grundsätzlich wurde vom Landtag auch die parallele Herabsetzung des

Mündigkeitsalters begrüsst, doch hatten VU-Abgeordnete Bedenken, ob diese Regelung im Regierungsvorschlag bereits durchgehend beantragt worden ist. «Wir haben Mühe einzusehen», erklärte etwa VU-Fraktionssprecher Reinhard Walser, «dass diese Herabsetzung des Mündigkeitsalters nicht konsequent umgesetzt werden soll, dass bei einzelnen Gesetzen nach wie vor die Altersgrenze auf 20 Jahre festgelegt werden soll». Insbesondere betrafen diese Vorbehalte das Arbeitsgesetz, wo die Regierung in ihrem Vorschlag einen Unterschied zwischen Arbeitnehmern und Lehrlingen machte.

Während einige Abgeordnete beider Fraktionen eine völlige Gleichstellung aller 18- bis 20jährigen im Arbeitsprozess erreichen wollten, traten andere für einen besonderen Schutz der Lehrlinge ein, die nach ihrer Auffassung in einem speziellen Arbeitsverhältnis stehen würden. In einem Zusatzbericht vertritt die Regierung nun zu diesem Problemkreis die Auffassung, dass es aufgrund des Unterschiedes zwischen Lehr- und Arbeitsverhältnis gerechtfertigt sei, für Personen mit Lehrverhältnis bis zum 20. Lebensjahr einen Sonderschutz beizubehalten.

KOMMENTAR

Früher wurden die Überbringer schlechter Nachrichten, berichten geschichtliche Werke, um einen Kopf kürzer gemacht. Ein erstes Zeichen des Zornes oder einer Befreiungstat – vielleicht spielte das eine oder andere eine Rolle, vielleicht auch eine Kombination beider Möglichkeiten. Bis zur heutigen Zeit haben sich die Sitten und Gebräuche zwar etwas geändert, doch das Denken ist bei einigen offensichtlich auf dem Stand dieser Kopf-ab-Zeiten stehen geblieben. Zumindest erweckte das «Liechtensteiner Vaterland» mit einem Kommentar in der Ausgabe vom Samstag diesen Eindruck, als nicht die Problematik des Abstimmungsergebnisses über das Staatsvertragsreferendum erörtert, son-

Demokratie ist Risiko?

dern jene Personen beschimpft wurden, die etwas kritische Äusserungen über den Zusammenhang zwischen der Aussenpolitik des Regierungschefs und dem Abstimmungsergebnis in der Öffentlichkeit getan hatten.

Dabei hatte sich das «Vaterland» eigentlich selbst in diese Zwangslage gebracht, indem es vor der Abstimmung weitgehend nur jene Stimmen berücksichtigte, welche die Version des Regierungschefs und seiner Getreuen stützten, die sich – gemessen am Abstimmungsergebnis – weit vom Volk abgesetzt hatten. Wer hingegen das Pro und Contra gleichberechtigt als ernstzunehmende Argumente abwägte, um sich daraus als mündiger Bürger eine Meinung zu bilden, dem wurde «Windfahnenpolitik» und mangelnde Verantwortung vorgeworfen.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aber haben doch mit ihrem Votum eine überaus klare Stellungnahme abgegeben, und zwar unbeeindruckt von der Vaterländischen Union (VU), die gar die Vertrauensfrage mit dieser Abstimmung verband. «Die Initianten sagen», hiess es im Sprachrohr der VU, «es gehe um mehr Volksrechte, in Tat und Wahrheit aber geht es darum, ob wir noch fähig sind, denen zu vertrauen, die wir selbst als unsere Repräsentanten bestimmen.»

Die Vertrauensfrage scheint also mit aller Deutlichkeit beantwortet zu sein, so dass sich Rundumschläge nach verlorenem Abstimmungskampf eigentlich erübrigen würden. Einen zwiespältigen Eindruck hinterlässt freilich, dass jetzt diese Vertrauensfrage einfach vergessen wird. Und ebenso zwiespältige Eindrücke erweckt das von der VU-Presse nach der Abstimmung verbreitete Schlagwort: «Demokratie ist Risiko». Möchte die VU das Risiko minimieren? Möchte sie das Risiko ausschalten? Diese Fragen sind ein Erklärungsbedarf nach sich, nicht die Frage nach der Position, ob einer richtig oder nicht gestanden ist. (G.M.)

Entwicklung der Staatsfinanzen

Interpellation der FBP-Fraktion zur Finanzplanung 1992–1996

(G.M.) – Die Finanzplanung der Regierung für die Jahre 1992–1996 rechnet bis zum Ende der Planungsperiode, sofern die Einnahmementwicklung im vorgesehenen Rahmen anhält und die Aufwendungen im geplanten Ausmass erfolgen, mit einer ungedeckten Schuld am Ende der Planungsperiode. Aufgeschreckt durch diese negativen Perspektiven und in Sorge um die Erhaltung der Staatsfinanzen hat die FBP-Fraktion eine Interpellation ausgearbeitet, die an der nächsten Landtagssitzung an die Regierung übergeben werden soll.

Über die Entwicklung der Staatsfinanzen hat die FBP-Fraktion in den vergangenen Jahren mehrfach ihrer Sorge Ausdruck gegeben und auch schon als geschlossene Fraktion oder durch einzelne Abgeordnete durch die Verweigerung der Zustimmung zum vorgelegten Budget ein Signal gesetzt. Bisher aber erreichten diese Demonstrationen der Sorge um die Staatsfinanzen nicht die nötige Signalwirkung, zumal in der Regel am Ende des

Jahres eine Reihe von zusätzlichen Einnahmen registriert werden konnten, die das Rechnungsergebnis verbesserten.

Dennoch weist die Finanzplanung der Regierung für die Jahre 1992–1996 eine Tendenz auf, die in Richtung Verschuldung zeigt. Bereits während der Budgetberatung 1992 kritisierte die FBP-Fraktion das Vorgehen des Finanzministers, nicht alle absehbaren Projekte und Vorhaben in die Finanzplanung aufzunehmen und die Auswirkungen des EWR-Vertrages nicht mitberücksichtigt zu haben. Die Mehrheitspartei hielt bei ihrer Argumentation an den Begründungen des Finanzministers fest und stellte die Finanzlage des Staates als gut und auch für die Zukunft gesichert dar.

Mit der Interpellation möchte die FBP-Fraktion nun Auskunft darüber, welche Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen die Regierung dem Landtag vorlegen wird, um das Gleichgewicht von Aufwand und Ertrag sicherzustellen sowie den Abbau von Reserven zu begrenzen.

Ökologische Steuerrevision?

FBP-Fraktion will im Landtag ein Postulat über Steuern einbringen

(G.M.) – Wird die steuerliche Belastung in der Zukunft vermehrt nach ökologischen Gesichtspunkten berechnet? Wenn es nach der FBP-Fraktion geht, sollen Steuern eine Lenkungswirkung im Bereich der Ökologie haben. In der kommenden Landtagssitzung möchte sie deshalb ein Postulat einreichen, das den Auftrag an die Regierung enthält, eine Steuerrevision in dieser Richtung zu untersuchen.

Die geplante Steuerrevision, die schon in den siebziger Jahren begonnen und dann derart lange verzögert sowie verwässert wurde, so dass sie schliesslich kaum jemand mehr wollte, ist am Volkswillen gescheitert. Die FBP-Fraktion möchte mit ihrem Vorstoss nun eine Prüfung der Frage erreichen, ob bei der Revision des Steuerrechts ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden können und ob das Steuerrecht grundsätzlich ökologischen Zielsetzungen folgen könnte.

In der Begründung zum Postulat weist die FBP-Fraktion darauf hin, dass mit der Anwendung des Verursacherprinzips, das heute zu den Grundpfeilern der Umweltpolitik gehöre und in verschiedenen Bereichen vermehrt zur Anwendung komme, auch in unserem Land erste Elemente einer Umweltsteuer eingeführt worden seien. Aus der Sicht eines wirksamen Umweltschutzes, so die Begründung weiter, würden in jüngster Zeit Lenkungsabgaben gefordert. Eine entscheidende Lenkungswirkung jedoch wird nach Ansicht der FBP-Fraktion, die sich auf Fachleute beruft, erst eine ökologische Steuerreform bringen.

Die FBP-Fraktion ist sich bewusst, dass eine kurzfristige Umstellung des Steuersystems in demokratischen Strukturen nicht möglich ist. Für eine ökologische Steuerrevision brauche es ein breites Bewusstsein in der Bevölkerung, wozu offensichtlich noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden muss.

Heute neuer Roman:

Paul Temple und der Fall Madison

Sam Portland, ein millionenschwerer amerikanischer Geschäftsmann, stirbt überraschend an Bord eines Luxusdampfers. Kurz vor seinem Tod hat er den berühmten Kriminologen Paul Temple kennengelernt und ihm den Zweck seiner Reise nach England verraten: Er wollte Licht in das Dunkel seiner Jugend bringen, von der alle Erinnerungen wie ausgelöscht sind. Ein Mann namens Madison hatte ihm erste Informationen versprochen.

Paul Temple und seine Frau Steve beschliessen, Licht in die mysteriöse Geschichte zu bringen. Welche Rolle spielt Hubert Greene, was will Kelly, wie ist Portlands Tochter in das Geschehen verwickelt? Und welche Bedeutung hat der Penny, eine Münze, die Sam Portland hütete? Paul, Steve und Sir Graham von Scotland Yard bekommen eine Menge zu tun. Die Jagd nach der Wahrheit führt von einem Londoner Nachtclub über Amsterdam zu einem Hausboot auf der Themse. Dabei passiert allerlei Aufregendes.

Botschafter Wolf hat seine Tätigkeit aufgenommen

Antrittsbesuch von Dr. Josef Wolf beim Europarat in Strassburg – Treffen mit Präsidentin

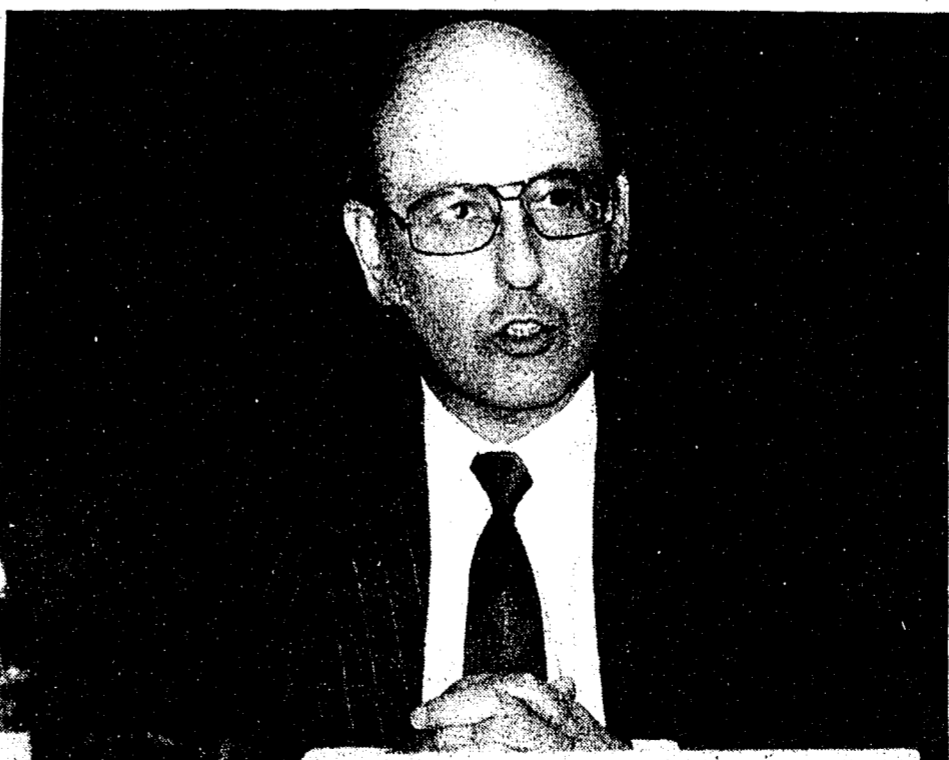
(G.M.) – Der liechtensteinische Botschafter beim Europarat, Dr. Josef Wolf, hat gestern seine Tätigkeit in Strassburg aufgenommen. Am Montag traf er mit der Generalsekretärin des Europarates, Catherine Lalumière, zusammen und überreichte ihr das Akkreditierungsschreiben. Der neue liechtensteinische Botschafter beim Europarat war gestern Mittag auch im Radio DRS I zu hören. Heute Dienstag und morgen Mittwoch folgen um 13.30 Uhr weitere Teile eines Gesprächs.

Der Europarat, der in den letzten Jahren im Schatten der europäischen Integrationsentwicklung stand, hat mit den Umwälzungen in Osteuropa neuen Aufschwung erhalten. Verschiedene Länder des ehemaligen Ostblocks sind bereits dem Europarat als Mitglieder beigetreten oder haben Beitrittsgesuche gestellt. Dr. Josef Wolf, der neue Botschafter Liechtensteins beim Europarat, erklärte auf Anfrage am Montag, dass er die Rolle des Europarates auch in Zukunft als bedeutsam erachte, weil sich der Europarat nicht nur mit Wirtschaftsfragen beschäftigt.

Dr. Josef Wolf löst als Liechtensteins Botschafter in Strassburg Prinz Nikolaus sowie Roland Marxer, den Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten,

als Vertreter unseres Landes ab. Nach dem Rücktritt von Prinz Nikolaus, nachdem er Botschafter Liechtensteins in Bern geworden war, führte Roland Mar-

xer die Vertretung interimistisch weiter. Nun also ist die Ständige Vertretung Liechtensteins wiederum mit einem ständig residierenden Botschafter besetzt.



Dr. Josef Wolf, früherer Amtsvorstand des Schulamtes, hat gestern Montag seine Tätigkeit als Botschafter Liechtensteins beim Europarat in Strassburg aufgenommen.

Schweiz: Sorge über Radikalismus

Bern (AP) In der Schweiz gibt es keinen politischen Extremismus, der die innere Sicherheit gefährdet. Besorgniserregend sind nach Einschätzung des Bundesrates jedoch die zunehmenden Anschläge auf Asylbewerber, der allgemeine Fremdenhass sowie Gewaltakte unter Ausländern. Als unbefriedigend stuft Bundesrat Arnold Koller die Zusammenarbeit mit den Kantonen bei der Aufklärung von Anschlägen ein. Deshalb will er mit neuen Richtlinien die «Negativliste» des Staatsschutzes präzisieren. Auch soll die Bundesanwaltschaft den Kampf gegen Schutzgeldzahlungen der kurdischen PKK koordinieren.

Der Bundesrat kommt in dem 70seitigen Bericht zum Schluss, dass es in der Schweiz keinen politisch bedeutenden Extremismus von links und rechts gibt und eine zentral gesteuerte Täterschaft bei gewalttätigen Übergriffen ausgeschlossen werden kann. Besorgniserregend seien aber die rassistisch motivierten Anschläge gegen Ausländer, extremistische Übergriffe unter Ausländergruppen selber sowie offene und latente fremdenfeindliche Strömungen, sagte Koller am Montag vor der Presse.